

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunststätten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.  
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Venloerwall 9.  
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg.  
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.  
Für Postbezug: Postamt Köln.

## Gewissensbisse.

Angeichts der Tatsache, daß eine Verschmelzung der beiden maßgebenden Arbeitgeberorganisationen Deutschlands in aller Stille vor sich gegangen ist, verleiht sich die Buchbinderzeitung zu dem Wunsche, die verschiedenen Organisationen der Arbeitnehmer sollten ebenfalls den Kampf, den sie gegeneinander führen, einstellen, um der zentralen Vereinigung der Unternehmer eine gleichwertige Organisation gegenüberstellen zu können.

Dieser Ausschrei der Buchbinderzeitung ist nichts anderes, als eine furchtbare

### Selbstanklage.

Sie muß selbst gestehen, daß die deutsche Arbeiterschaft dadurch zerrissen wurde, „weil der Blick unnötig stark auf das politische Gebiet abgelenkt wurde“. Wörtlich heißt es:

„Die Hoffnungen, daß es in absehbarer Zeit gelingen könnte, die drei großen Gruppen von Arbeitnehmerverbänden, die freien, die christlichen und die kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen, sind sehr gering. Die Erkenntnis von der Bedeutung der wirtschaftlichen Momente wächst sehr langsam, da der Blick unnötig stark auf das politische Gebiet abgelenkt wird. Es sollen allerdings die großen praktischen Schwierigkeiten eines solchen Zusammenschlusses nicht übersehen werden. Solange aber eine völlige Verschmelzung der Arbeitnehmerverbände nicht möglich ist, sollte man wenigstens durch weitgehende Kartellverträge den Boden für künftiges gemeinsames Arbeiten vorbereiten und dem Unternehmertum ein würdiges Pendant zu einer Zentralorganisation bieten.“

Dieser Vorschlag ist ja recht gut gemeint. Aber bei dieser Gelegenheit sei doch zunächst die Frage erlaubt, wer denn die Schuld trägt, daß die deutschen Arbeitgeberorganisationen nicht zusammengehen können. Wer die Schuld trägt, daß die deutsche Arbeiterschaft dem einigen Unternehmertum das klägliche Schauspiel der Herrlichkeit bietet, ein Schauspiel, das noch dadurch widerlicher wird, weil die größte Gruppe der Arbeitnehmerorganisationen mit den schändlichsten Mitteln den Kampf gegen die eigenen „Klassengenossen“ führt. (Siehe Krefeld.)

Wiederholt hat man uns den Vorwurf gemacht, wir treiben Zersplitterungsarbeit, unnötige, gemeingefährliche Eigenbrödelei. Gleichzeitig belehrte man uns, daß doch die Unternehmer auch einig seien, daß es keine christlichen Unternehmerverband gebe usw.

Ebenso oft haben wir erwidert, daß man uns gezwungen hat, eigene Wege einzuschlagen, daß wir durch eine Hebräer brutal vor den Kopf gestoßen, in unseren heiligen Gefühlen verletzt und erst dadurch gewaltsam von unseren Standesgenossen getrennt wurden.

Warum gibt es denn keine christl. Unternehmerverbände?

1. Die atheïstischen Unternehmer sind nicht so grenzenlos dumm wie die atheïstischen Arbeiter, daß sie Andersdenkende von sich abstoßen und ein Zusammengehen in Interessenfragen unnötig machen.

2. Auch die Unternehmerzeitungen sind nicht so haarsträubend dumm, daß sie Artikel gegen die christliche Religion abdrucken. Diese Dummheit begeben aber die Redaktionen der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

3. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, daß sie Vortragsabende veranstalten, in denen das Christen-

tum in den Schmutz gezogen wird. Diese Dummheit begeben aber die sogenannten freien Gewerkschaften.

4. Die Unternehmensekretäre sind nicht so dumm, daß sie es als Interessenvertretung betrachten, christliche Klassengenossen vor den Kopf zu stoßen. Diese Dummheit bringen nur sozialdemokratische Gewerkschaftsekretäre fertig.

5. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, die Beiträge der Mitglieder einer bestimmten Partei bei den Wahlen zur Verfügung zu stellen. Diese Dummheit begeben aber die sozialdemokratischen sog. freien Gewerkschaften, indem sie die Mitgliederbeiträge zur Unterstützung der sozialdemokratischen Partei mißbrauchen. (Belege können zu Dutzenden angeführt werden.)

6. Die Unternehmerverbände sind nicht so dumm, ihre Mitglieder für eine bestimmte Partei ergreifen zu wollen, vielmehr sind ihre Mitglieder konservativ, national-liberal, Zentrumsanhänger usw., ohne daß sie irgendetwas beklagt werden. Diese Dummheit begeben aber die sog. freien Gewerkschaften, indem sie jedem Arbeiter, wenn er sich nicht erziehen läßt, zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

7. Die Unternehmerverbände sind auch nicht so dumm, bei der Anstellung ihrer Sekretäre die Zugehörigkeit zu irgend einer Partei als Bedingung zu machen.

8. Die Unternehmerverbände sind auch nicht so dumm, daß sie von ihren Mitgliedern den Austritt aus der Kirche und den konfessionellen Vereinen verlangen. Diese Dummheit findet man nur bei den sozialdemokratischen Verbänden.

9. Die Unternehmerverbände sind eben so klug, jedem Mitgliede seine religiöse und politische Ueberzeugung, gleichviel welche, zu lassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter bringen es nicht fertig, einzusehen, daß eine gleiche Neutralität auch für die Arbeiterorganisation notwendig ist und haben infolgedessen die Arbeiterschaft in sozialdemokratische, christliche und kirchlich-Dundersche gespalten. Auch die gelbe Bewegung ist ein Kind der Sozialdemokratie, deren Tätigkeit von jeder arbeitserzsplitternd und arbeiterschädigend war.

Diese Tatsachen reden eine ernste Sprache; vor allem zeigen sie mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie groß das Verbrechen derer war, die — um mit der Buchbinderzeitung zu reden — „den Blick unnötig stark auf das politische Gebiet abgelenkt haben“. Und wer hat denn die Brandfadel der Zwietracht unter die deutsche Arbeiterschaft geworfen? Waren es nicht jene jüdischen Advokaten und Volksbergeber, die der materialistischen Pseudowissenschaft den Weg bereiteten, die den Kopf gegen die bürgerliche Gesellschaft predigten, alle niederen Instinkte der Massen in entsetzlicher Weise aufstachelten und die Ideen der gottesgläubigen Gelehrten und Bürger der Lächerlichkeit zu überantworten versuchten?

Zunächst, sie sind es, die eine abgrundtiefe Kluft geschaffen haben zwischen den gottesgläubigen und den gottesleugnerischen Arbeitern, zwischen dem ganzen Volke. Was hätte eine Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten an positiven Erfolgen erringen können, die sich auf den Boden der Verfassung gestellt und in allen Körperschaften des staatlichen Lebens mitgearbeitet hätte mit Tatkraft und Ausdauer! Welchen Einfluß könnte heute die deutsche Arbeiterschaft haben, wenn sich nicht die Wehrzahl ihrer Vertreter nur als Rögler, als berufene Stänker und Aufwiegler betrachteten, die sich erst dann mollig fühlen, wenn sie das eigene Nest, das

eigene deutsche Vaterland nach Kräften besudelt haben.

Darauf können sich die Verächter der „freien“ Gewerkschaften, darauf kann sich die Buchbinderzeitung verlassen: Solange die Führer und Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften wie hypnotisiert vor den Kösen des Materialismus hinstarren, solange sie den nackten Klassenkampf predigen, solange sie für die christliche Religion nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben — solange gibt es keine Verschmelzung der „freien“ und christlichen Arbeiterorganisationen.

Nie und nimmer! Denn was uns von Kindheit auf verehrungswürdig und heilig war, der Glaube unserer Väter und das Vaterland, das geben wir nicht preis um eines Silberlings willen, den wir vielleicht eintauschen könnten, wenn wir da oder dort unsere Ueberzeugung verleugnen würden. Wir sind uns jederzeit vollkommen darüber klar gewesen, daß wir wirtschaftliche Interessen mit allen Standesgenossen gemeinsam haben und daß wir trotz der prinzipiellen Begegnung nach dieser Richtung bei gegebener Gelegenheit unter gewissen Vorbedingungen gemeinsame Sache machen können. Aber, wie gesagt, unsere Grundsätze müssen dabei unangetastet bleiben. Uns stehen letzten Endes die geistigen Interessen höher, als alle wirtschaftlichen, denn wir glauben als Christen auch an ein Jenseits und darauf zielen unsere letzten und erhabensten Hoffnungen. Vertritt denn aber die Sozialdemokratie, der die „freien“ Gewerkschaften seit Jahren treu ergeben und tributpflichtig sind, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter so, wie wir es von einer Organisation verlangen müssen? Sind die wirtschaftspolitischen Ziele der „freien“ Gewerkschaften derart, daß wir ihnen nachstreben könnten?

Wir müssen mit einem energischen — nein — antworten, denn wie die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Religion den Atheismus erstrebt, so erstrebt sie (und mit ihr wiederum die „freien“ Gewerkschaften) auf dem wirtschaftlichen Gebiete die Abschaffung des Privateigentums, die wir aus Vernunftgründen ablehnen. Nichts, aber auch rein gar nichts wollen wir gemein haben — nicht jetzt und nicht später — mit der Sozialdemokratie, was sie im Gegensatz zu unseren behärdeten Grundätzen erstrebt. Soweit sich „freie“ Gewerkschaften auf dem Boden nüchternen Gewerkschaftsarbeit mit uns zusammenfinden, soll und wird diese Gemeinschaftsarbeit von uns jederzeit gern und freudig aufgenommen. Wer uns aber politisch oder konfessionell im Sinne der religionslosen Sozialdemokratie „erziehen“ möchte, der mag uns vom Halbe bleiben oder er muß gewärtig sein, daß wir uns energisch zur Wehr setzen.

Es gibt also keine Verschmelzung, nicht einmal einen Kartellvertrag, überhaupt keine Interessengemeinschaft mit einer sozialdemokratischen Organisation. Von einer Interessengemeinschaft kann man nur insoweit reden, weil wir mit den „freien“ Verbänden dann zusammengehen, wenn es sich um die wirkliche Vertretung berechtigter Arbeiterinteressen handelt. Das hat aber mit sozialdemokratischen Prinzipien nichts zu tun, vielmehr sind das eminent

### Christlich-soziale Bestrebungen.

Soziale Arbeit im Sinne des Christentums! Das ist das Riesensprogramm der christlichen Arbeiterbewegung. Es zu verwirklichen, sei unserer schwierigen, aber unvergagten Arbeit Zweck — wie gestern, so heut und immerdar.

# Schneitwahrungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 17. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Abrechnungen resp. Gelder sind weiter eingegangen von Augsburg, Vöberborn, Freising, Donauwörth, Dillingen, Gumburg, Nürnberg, Duisburg, Hannover, Lubberich, Kirchheim, Bam, Waldkirch, M.-Glöblich, Hofnungsthal, Reveler, Gieseler, Konstanz, Oberfeld, Kaufbeuren, Münster, Stuttgart, Essen, Bauen, Düren, Hagen, Kalkruhe, Kobern, Brandenburg, Vendersdorf, Straußing, Würzburg, Danau, Krefeld, Köln, Sölich, München und Kaden.

Nach nicht abgerechnet haben: D.-Glöblich, Berlin, Niesfeld, Brelsch, Bonn, Koblenz, Danzig, Dortmund, Dresden, Dülmen, Eßlingen, Freiburg, Heilbrunn, Jülich und Leipzig.

Der neugewählte Vorstand der Zählstelle Berlin wird bestätigt.

Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung zeitigte folgendes Resultat:

1. Bezirk: Josef Straimann, Köln, Ehrenstr. 77 (Buchbinder).
2. Bezirk: Fritz Reigens, M.-Glöblich, Luisenstr. 188 (Buchbinder).
3. Bezirk: Bernh. Portmann, Düsseldorf, Luisenstr. 33/35 (Buchbinder).
4. Bezirk: Wilhelm Postert, Hagen, Franzstr. 80 (Buchbinder).
5. Bezirk: Franz Thiele, Vöberborn, Schäfergasse 5 (Buchbinder).
6. Bezirk: Karl Coche, Reveler, Rheinstr. 48 (Buchbinder).
7. Bezirk: Math. Walter, Vendersdorf, (Papierarbeiter), Math. Schmitz, Vendersdorf, Josef Weisenberg, Metode, Arnold Klagen, Düren.
8. Bezirk: Theodor Martin, Würzburg, Bergmeistergasse 11 (Buchbinder).
9. Bezirk: Oskar Niedling, Nürnberg, Neuschelstr. 73a (Hilfstraph).
10. Bezirk: Joh. Mich. Gann, Regensburg, Zur schönen Gelegenheit 10 (Buchbinder).
11. Josef Söllner, München, Coulmiersplatz 2, (Kartendreiber).
12. Bezirk: Max Birt, Freiburg, Agnesstr. 17 (Buchbinder).

Wesherr ist die Firma Busch u. Tölle in Arnstadt, Schlegel u. von der Linden in Hagen und Grünstadt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Zentralvorstand:  
J. A. Dornbach.

## Regensburg.

### Die vereinten Delegierten zu unserer General-Versammlung

sowie alle Liebwerten Gäste, welche uns Pfingsten besuchen wollen, werden hiermit nochmals dringend ersucht, ihre Anwesenheit bei dem Unterfertigten baldigst bestätigen zu wollen. Die Anmeldung soll enthalten: Name, Stand und Wohnort, Ankunft in Regensburg und aus welcher Richtung (z. B. über Nürnberg-Hof-München). Bitte stellt sich am gemeinschaftlichen Mittagstisch. Unmöglichkeit Dauer des hiesigen Aufenthalts (z. B. 1 Tag und 1 Nacht oder 2 Tage und 2 Nächte etc.)

Mit herzlichen Grüßen!

Joh. Mich. Gann, 1. Vorsitzender,  
Zur schönen Gelegenheit 10.

## Zu den Anträgen.

Erzwecklicherweise verlangen eine ganze Reihe von Anträgen eine bessere finanzielle Fundierung unseres Verbandes. Diejenigen Anträge, die eine weitere Erhöhung der Leistungen ohne Erhöhung des Beitrages verlangen, kann man kaum ernst nehmen. Ueber andere Anträge, die mehr oder weniger eine Steigerung der Leistungen und Unterstützungen wollen, werden die Meinungen auseinander gehen.

Zunächst ein Wort über die Beitragserhöhung in den beiden obersten Klassen, wie sie von Hagen und vom Zentralvorstand beantragt ist. Dagegen wird vielleicht eingemauert werden, daß man doch diejenigen Kollegen, die bereits in den höchsten Klassen steuern, nicht noch weiter hinausstreben soll, daß man vielmehr dafür sorgen müsse, daß die vielen Druckverleger, die trotz eines Wochenlohnes von 25-30 Mk. noch 35 und 45 Pfg. bezahlen, endlich in eine höhere Klasse aufrücken. Diese Forderung hat gewiß manches für sich. Man darf aber nicht vergessen, daß die Unterstützungsätze gerade in den höheren Klassen nicht dem Beitrage entsprechen, da sie übermäßig hoch sind. Ich glaube nicht, daß es für die Verbandskasse vorteilhaft wäre, wenn recht viele Kollegen in die erste und zweite Klasse eintreten würden, die von den Unterstützungsleistungen nur einen äusseren Gebrauch machen. Das sind ja riesige Summen, die von solchen Kollegen bezogen werden können, und wie ich bestimmt weiß, auch schon bezogen wurden. Da die Kollegen, die in der 1. Klasse steuern, doch in der Regel ein ziemlich gutes Einkommen haben oder zu den Idealisten gezählt werden können, soweit sie es nicht auf die Ausbeutung der hohen Unterstützungsätze abgesehen haben, darf man hoffen, daß der Erhöhung kein besonderer Widerstand entgegenzusetzen wird. Solchen Kollegen allerdings, die lange Jahre als neue und zierliche Mitglieder 60 Pfg. pro Woche bezahlt und dazu noch Sozialzulage entrichtet haben, ohne den Verband einmal in Anspruch genommen zu haben, würde man es nach meiner Meinung nicht verbieten, wenn sie durch die Reduzierung doch ein wenig frappeiert würden. Das soll sie aber nicht abhalten, die wichtigsten Gründe

zu würdigen, die für eine Erhöhung gerade dieser Klasse sprechen und die ich bereits angebracht habe. Der in der Nummer 6 von mir gemachte Vorschlag, den Kollegen, die 8 oder 10 Jahre Mitglied sind, eine besondere Erhöhung der Unterstützungsätze (sie brauchen ja nicht groß zu sein) zuzubilligen, würde jedenfalls unseren älteren Kollegen, — zu denen, wie ich ausdrücklich bemerken möchte, ich selbst nicht zähle, — die Beitrags-erhöhung etwas schmackhafter machen. Es tut mir leid, daß dadurch auch solchen Kollegen, die wenig Idealismus befehlen, noch eine Zulage gegeben würde, oder ein Ausweg ist schwer zu finden. Am liebsten sähe ich es natürlich, wenn im Sinne des Antrages Hagen entschieden würde, der verlangt, daß die Unterstützungen genau so bleiben sollen, wie sie sind, daß aber die Beiträge in den ersten drei Klassen um 10 und in der vierten Klasse um 5 Pfg. erhöht werden sollen. Allerdings scheint mir der Antrag des Zentralvorstandes der gangbarere Mittelweg zu sein.

Was ich über die 1. Klasse sagte, gilt in der Hauptsache auch für die 2. Klasse Erhöhung ist angebracht, gerechtfertigt und notwendig. Wer dies bestreiten will, der bringe den Nachweis, daß unsere Kassenverhältnisse gründlich reformiert werden können, ohne die beiden Klassen, in denen die meisten Mitglieder steuern, ich meine die 60 Pfg.- und 45 Pfg.-Klasse, zu erhöhen.

Mit allen Mitteln muß jedenfalls — und damit komme ich zu einem anderen Punkte — angestrebt werden, daß die 1. Klasse nur noch von Hilfsarbeitern, Arbeiterinnen und ganz schlecht entlohnenden anderen Kollegen benötigt wird. Daß Papierarbeiter mit 25 und 30 Mk. Wochenlohn sage und schreibe 35 Pfg. Beitrag und vielleicht noch einen geringen Sozialbeitrag entrichten können, sollte einfach unmöglich sein. Meines Wissens haben die Papierarbeiter schon manche beachtenswerte Lohnzulage durch den Verband errungen. Da ist es wahrhaftig an der Zeit, ihnen nun Bewußtsein zu bringen, daß es nicht immer so glatt abgehen könnte, wie bisher. Was dann? Mit 35 Pfg.-Beiträgen kann man keinen Kampffond anammeln, wie er notwendig ist, wenn einmal hundert von Kollegen in den Kampf gedrängt werden sollten. Wer sich sichern will für den Ernstfall, der muß im Frieden sich vorbereiten. Das kann nicht oft genug gesagt werden. Die Papierarbeiter sehen wir Graphiker gern als vollwertige Mitglieder unseres Verbandes an, aber sie müssen sich auch als vollwertige Gewerkschaftler erweisen. Viele Buchbinder mit 20 und 22 Mk. Wochenlohn zahlen heute in der 3. Klasse. Warum sollten es die Papierarbeiter nicht können, die ebenso viel oder noch erheblich mehr verdienen? Für den Beamten der Papierarbeit bin ich sofort zu haben; aber er soll in der Hauptsache von den Papierarbeitern gehalten werden, so, wie der ganze Verband bis vor wenigen Jahren durch die Buchbinder und Graphiker allein gehalten und so das Fundament geschaffen wurde, auf dem jetzt auch die Papierarbeiter bauen konnten und künftig bauen sollen.

Ich habe einer Militärunterstützung das Wort gegeben. Das sollten die Zählstellen machen, ich mir mittlerweile gesagt worden. Gewiß, es ist sehr lobenswert, wenn es die Zählstellen machen. Aber die Einzelmitglieder! Wer schickt ihnen etwas? Kein Mensch. Sie haben an sich blühende Fühlung mit dem Verband. Sie stehen oft jahrelang allein auf weiser Flur. Beim Militär denkt so ein Kollege mal darüber nach, warum er eigentlich weiter im Verband bleiben soll, wenn er doch immer allein ist. Er kommt vom Militär zurück und meldet sich nicht mehr bei uns. Ein Pionier ist und damit verloren gegangen. Ein Vorposten ist eingeschlagen, der uns vielleicht noch viel hätte nützen können. Das sollen wir unter allen Umständen verhindern. Eine Sicherung wäre durch die Militärunterstützung gegeben. Es könnte ja in den Sitzungen bestimmt werden, daß die Zählstellen Sammelgeber od. Zuwendungen f. Soldaten der Zentralstelle überweisen müssen, die dann den Beitrag dem betr. Mitglied aufheben würde. Wenn es sich um weniger als 5 Mark handelt, müßte eben die Zentralstelle den Zuschuß leisten, wenn es mehr wäre, dann umso besser. Dann bekommt eben das betr. Mitglied kurz vor Weihnachten den gesammelten Beitrag zugewandt mit dem Schreiben der betr. Zählstelle und einem zweiten von der Zentrale. Kurz und gut, ein Weg ließe sich finden, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Die Last für die Zentralstelle wäre in diesem Falle nicht wesentlich, jedoch wäre gegenüber den Einzelmitgliedern ein Entgegenkommen gezeigt, das gewiß am Platze ist.

Die Anträge, die darauf abzielen, die Wartezeit von 26 auf 52 Wochen zu verlängern, entsprechen durchaus den Bestimmungen in anderen Verbänden. Diejenigen Mitglieder, die heute schon 10 Monate und länger dem Verbandsangehören, würden ja nicht den geringsten Nachteil von einer solchen Verweigerung haben. Dabei nehme ich an, daß die neuen Sitzungen ab 1. Juli 1913 Geltung bekommen. Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß die Delegierten reichlich ermägen sollen, ob die Dinaufsetzung der Wartezeit nicht durchgeführt werden müsse. Eine Schädigung der jetzigen Mitglieder stellt sich höchstens in ganz beschränktem Umfang dar, während ich uns für die Zukunft große Ersparnisse bringen kann. Und wir wollen doch unseren Kampffond stärken. Das ist kein mögliches Beginnen, denn alle Zeichen deuten darauf hin, daß wir noch manchen Kampf zu bestehen haben werden. Kommt es so weit, dann ist jedes Mitglied froh, wenn wir mit Moneten voll versorgt sind.

\* \* \*

Einige Zahlen, welche sich sämtliche Mitglieder, besonders aber die Delegierten zur Generalversammlung vor Augen halten müssen. Wir haben pro Mitglied ungefähr 10 Mark im Vermögen, der christliche Metallarbeiterverband ca. 40 Mark, der „deutsche“ Buchbinderverband hat, trotzdem er vor 7 Jahren sein ganzes Vermögen für eine sozialistische Idee verpulvert hat, heute schon mehr pro Mitglied in der Zentralstelle wie wir. Dabei hat der Deutsche Buchbinder-Verband lange nicht

die Verpflichtungen in bezug auf Unterstützungsleistungen wie wir. — Nun zu den Anträgen von einer Erhöhung der Leistungen ohne Erhöhung der Beiträge darf unter keinen Umständen die Rede sein, das möchte ich ganz besonders Niesfeld und Garg-Wilhelmsdorf zurufen. Wohin soll es führen, wenn bei einem gewünschten Beitrag von 65 Pfg. (ohne Invalidenbeitrag) in der 1. Klasse ein Mitglied 107,60 Mk. einbezahlt und 675 Mk. allein an Kranken gelde wieder abgeben kann. Wir sind doch keine Kirche. Wenn sich die Mitglieder gegen Krankheit verschließen wollen, kann man einer Hilfslosenkasse (Düsseldorfer Zuschußkasse) beitreten. Die Invalidenkasse wäre mir sympathisch, leider sind wir für solche Einrichtungen zu klein. Für die Militärunterstützung wäre ich auch der Zentralvorstand meint's aber zu gut, 2 mal 5 Mark ging auch, mindestens aber nicht höher als Beiträge geleistet sind. Antrag München, „Wartezeit“ glaube ich, daß 30 Wochen besser wäre. Antrag 1 Garg ist zu erwägen, damit einmaligen Kaffeereizen ein Damm gesetzt wird. Für wöchentliches Erscheinen unseres Organs wäre ich aus finanziellen Gründen noch nicht, dafür eher für Freistellung eines Papierarbeiters, trotzdem, ich mag ja irren, mir die Bewegung etwas wie Straßfeuer vorkommt. Also, erhöhen wir die Beiträge nach Wunsch von Hagen oder Zentralvorstand etwas, führen möglichst wenige neue Unterstützungen ein, dann können wir zur nächsten Generalversammlung diese Frage besser und kräftiger behandeln. — S. Hagen i. W.

## Christlicher Terror?

Vor einiger Zeit brachte die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ einen längeren Artikel über die Buchdruckerfrage. Derselbe enthielt u. a. folgende Sätze:

„Die katholischen Arbeitervereine können es nicht dulden, daß Mitglieder ohne zwingende Notwendigkeit irgendeiner gewerkschaftlichen Berufsorganisation angehören, die der Generalkommission sozialistischer Gewerkschaften angeschlossen ist. Wir können nicht, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns den Vorwurf der „Unduldsamkeit“ macht, der Vorwurf kann uns nicht treffen, denn wir verlangen nur Konsequenz, Uebereinstimmung von Ueberzeugung und Handlung. Wir dürfen nicht anders handeln. In Zeiten der Gärung und Wandlung ist jede Halbheit zu verwerfen. Wir haben den Vereinsmitgliedern, die dem Verband angehören, lange genug Zeit zur Besinnung gelassen, wir kommen dem Zeitpunkt immer näher, wo es nunmehr heißen wird: So oder so!“

An diese sehr zeitgemäßen und dreimal zu unterstreichenden Sätze knüpft die W.-Ztg. einige vollkommen duplizierte Bemerkungen. Wir fragen: Was würde die W.-Ztg. von einem ihrer Funktionäre denken, wenn er auch für unseren Verband agitieren würde? Was müßte man von einem sozialdemokratischen Abgeordneten denken, der sich auch in die konservative Partei aufnehmen lassen wollte? Was müßte man von einem Mitglied des preussischen Generalstaats denken, der auch dem französischen Generalstab angehören wollte? Von allen Dingen könnte man wahrhaftig nur nehmen, daß sie den gefunden Menschensverstand eingebüßt haben.

Warum? Weil die einander gegenübergestellten Parteien grundsätzlich verschiedene Zwecke verfolgen, weil sie sich in einem kaum überbrückbaren Gegensatz zu einander befinden. Nur ein Einfallspindel oder ein Dummkopf ersten Ranges könnte annehmen, daß man einen Genossen in die konservative Fraktion des preussischen Landtags aufnehmen würde. Wenn nun die katholischen Arbeitervereine solchen Strohköpfe, die immer noch nicht begriffen haben, daß der Buchdruckerverband ein grundsätzlicher Gegner der gesamten christlich-nationalen Arbeiterchaft ist, die Fäden weisen, dann ist das wahrhaftig nicht mehr, als eine Pflicht — und nicht weniger.

In den Gutenbergsbund werden solche Leute nicht geduldet. Sie mögen tun, was sie wollen; aber innerhalb eines katholischen Arbeitervereins können sie nach unserer Auffassung unmöglich gebildet werden.

Wenn ihnen der Buchdruckerverband lieber ist, als der Arbeiterverein, gut, dann mögen sie ihm treu dienen. Die Arbeitervereine haben aber ein gutes Recht darauf, daß für solche Elemente kurz und bündig abschüttelt. Die christliche Arbeiterbewegung kann keine Karikaturen brauchen. Entweder ganz bei uns — oder ganz drüben. So muß die Parole lauten.

Wenn das Terrorismus ist, den man vermeiden soll, dann läme es ja schließlich so weit, daß die Genossen in einem konfessionellen Verein die Mehrheit hätten. Das ginge gerade noch ab!

Anschließend an das Entrüstungsheulmeinen über diesen Gegenstand erzählt die W.-Ztg. einen Schwimmbel nach, der längst als solcher gedankt wurde, aber von der roten Presse immer noch verzapft wird. In der W.-Ztg. heißt es:

„In den katholischen Arbeitervereinen macht man nun die größten Anstrengungen, nach der obigen Aufforderung zu verfahren. Allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolg. In Köln a. W. haben die katholischen Arbeitervereinsmitglieder in einer Versammlung der Buchdrucker erklärt, im Verbande bleiben zu wollen. Und an vielen anderen Orten schloßen sich die Arbeitervereinsmitglieder dieser Ansicht an.“

Nun die schwarzen Führer einsehen, daß ihr Getue für die Sache ist, suchen sie noch auf einem andern Weg zu ihrem Ziele zu gelangen. Und zwar werden die Besitzer von Zentrumszeitungen und -druckerereien aufgefordert, dem Gutenbergsbunde energischer wie bisher Verbandsmitglieder zuzuführen. Diesem Ansinnen sind einige der Unternnehmer gefolgt. So stellte Dr. Schürmigel (Generalsekretär des Bindbörerbundes und Inhaber der Firma R. Schürmigel in Köln) an seine dem Verband angehörenden Gesellen das strikte Verlangen, aus dem Verband aus- und in den Gutenbergsbund einzutreten. Sie müßten

dies unbedingt tun, da sie andernfalls der Ruin seines Geschäfts seien! Und der Grund zu dieser Forderung? Der bündnerische Sekretär für Rheinland-Westfalen, Felder, war bei genannter Firma vorstellig geworden und hatte mit Entziehung der Druckfäden gedroht, falls die Gehilfen nicht dem Bunde beitreten!

Aber auch dieser Akt des Terrorismus schlug fehl, weil das Tariffamt entschied — daß auch die Drohung mit der Entlassung tarifwirdig sei und eine Verletzung des § 10 Ziffer 2 des Tariffes bedeuten würde.“ Diesem Gesefel ist „Der Typograph“, das Organ des Gutenbergsbundes, bereits am 14. März mit folgenden Bestellungen seines Sekretärs Felder zu Leide gerückt:

„Bei der Firma Scharmikel hatten wir zwei Gutenbergsbündler stehen. Den beiden (Schmid und Endrich) wurde von der Firma kurz hintereinander gelündigt. Die Firma engagierte nun einen unorganisierten Geschäftsführer. Dieser Geschäftsführer hat zwei vortorganisierte Buchdrucker aus seiner früheren Firma zu Scharmikel herübergezogen. Die Firma Sch. beschäftigte also drei Verbandsmitglieder und einen Unorganisierten. Die Firma hat große Aufträge von Seiten der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine. Da habe ich auf einer Vorstandssitzung des katholischen Arbeitervereins Lindenthal, dem ich als Mitglied angehöre, die Frage gestellt, wo der Arbeiterverein seine Druckfäden herstellen lasse. Der Antwort: bei der Firma Sch. Darauf habe ich den Vorstand gebeten, die Druckfäden einer solchen Firma zuzulassen, bei der auch christlich-organisierte Buchdrucker beschäftigt werden. Dies geschah nun. Da kam Mitte November Herr Dr. Sch. in meine Wohnung und verbat sich meine Anregung ganz energisch. Ich habe ihm nun vor Augen geführt, daß es meine Pflicht war, als Mitglied des katholischen Arbeitervereins so zu handeln. Er hat dies auch eingesehen und wollte einen Zwangsorganisierten entlassen und dafür eines unserer Mitglieder einpflanzen. Von diesem Schritt habe ich ihm abgeraten und einige Tage später wurde ich von Herrn Dr. Sch. telefonisch in seine Privatwohnung gerufen. Da hat er mir folgendes vorgetragen: Herr Felder, es wird Ihnen wohl am liebsten sein, wenn ich die Gehilfen dazu bewegen kann, daß sie dem Gutenbergsbund beitreten. Ich gab ihm darauf folgende Antwort: Freuen würde es mich, wenn es Ihnen gelingen würde, aber ich zweifle stark daran. Ferner gab ich ihm noch zu verstehen, daß er keinen Zwang ausüben darf, da er sonst mit dem Tariff in Konflikt geraten würde und uns auch nicht gebietet sei mit Mitgliedern, die gezwungen in eine Organisation eintreten müssen. Einige Wochen später erhielt ich von der Firma Sch. ein Schreiben, in dem einige Adressen mitgeteilt wurden von Kollegen, die auf eigenen Wunsch zum Gutenbergsbund übertraten wollten. Sch. gibt in diesem Schreiben selbst zu, daß „damit endlich einmal der dringend notwendige Wandel in diesen unhaltbaren Verhältnissen geschaffen wird“. Den drei in dem Schreiben genannten Kollegen habe ich dann Material zugesandt und nehme Aufnahmefähigkeit. Acht Tage später erfuhr ich von Herrn Dr. Sch., daß zwei der Kollegen ihren Beitritt zum Gutenbergsbund wieder rückgängig gemacht hätten. Von der Stunde an hörte ich nichts mehr in der Angelegenheit, bis der Korrespondent die Sache nun erstellte wiedergegeben hat.“

Schwindel ist also, bemerkt dazu die Redaktion des „Typograph“, daß Felder bei der Firma vorstellig geworden sei. Schwindel ist, daß Felder aufgefordert hat, einen Druck auf die Verbandsmitglieder auszuüben. Er hat sogar direkt davon abgeraten, Felder verlangte lediglich als Mitglied des katholischen Arbeitervereins, daß dieser seine Druckfäden in Druckereien herstellen lasse, in denen auch Mitglieder des Gutenbergsbundes und nicht lediglich Verbandsmitglieder beschäftigt werden. Felder hat damit nichts Verurteilenswertes getan. Oder verlangt man von den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften, daß sie ihre Druckaufträge, die sich auf hunderttausende von Mark belaufen, in den Druckereien herstellen lassen, die dem Gutenbergsbund fortgesetzt Schwierigkeiten machen und den sozialdemokratischen Verband bevorzugen? Das wäre ja Selbstmord! Sollen die christlichen Organisationen nicht ihre Druckfäden dort herstellen lassen dürfen, wo auch der christlichen Organisation Zweckmäßigkeit widerfährt. Selbstverständlich.“

So ist's recht! Vielleicht glauben die Genossen gar, wir ließen uns von ihnen vorzeichnen, was wir zu tun und zu lassen haben. Das fällt uns gar nicht ein, mögen sie auch Peter und Paulus schreiben. Dazu haben sie ja das große Mundwerk.

Bezüglich der Behauptung, das Tariffamt, hätte entschieden, daß auch die Drohung mit der Entlassung tarifwirdig sei und eine Verletzung des § 10 Ziffer 2 des Tariffes bedeuten würde“ — hat es auch eine merkwürdige Verwandnis, denn das Tariffamt teilte auf eine Anfrage des Gutenbergsbundes hin mit:

„Auf Ihre Zuschrift vom 6. c. r., nach welcher durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschafts- presse eine Notiz gegeben wurde mit Forderungen eines Ihrer Funktionäre befaßt sein soll, erlauben wir uns zu erwidern, daß wir diese Presse nicht lesen und deshalb auch von dieser Notiz keine Kenntnis besitzen können. Auch hat das Tariffamt in der von ihnen erwähnten Sache eine Entscheidung nicht gefällt.“

Dies mag die P. Ztg. ihren Lesern gefll. auch mitteilen.

## Gewerkschaftliches.

### Chandiaten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Krefeld.

Seit einigen Wochen tobt in der Krefelder Seidenindustrie ein Kampf, der wegen seines Begleiterscheinungen besonders Interesse verdient.

Der christliche und der sozialdemokratische Verband haben gemeinsam eine Lohnbewegung geführt. Als die Unternehmer erhebliche Zugeständnisse gemacht hätten, und nebeneinander erklären, daß sie auferlassene seien, irgendwelche weitere Zugeständnisse zu machen, mußten die Arbeitnehmerorganisationen aus Sicherheit annehmen, daß ein weiterer Erfolg aus der Fortdauer des Kampfes nicht zu erzielen sei. Für den christlichen Verband ergab sich nun die Pflicht, eine für die Arbeiter und den Verband günstige Regelung der Dinge zu erzielen, um zu verhindern, daß auch weiterhin Hunderttausende von Mark vollständig nutzlos ausgegeben würden.

Der Zentralvorstehende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Schiffer (M. d. R.), trat an den Herrn Oberbürgermeister und den Herrn Regierungspräsidenten Krufe zwecks Vermittlung heran. Die Herren erklärten sich bereit, bei dem Arbeitgeberverband ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß dieser die Sperre aufhebe, die über die Krefelder Seidenindustrie verhängt worden war. Jedoch könnten sie es nur unter der Bedingung, daß die christlichen streikenden Färber sich verpflichteten, nach Aufhebung der Sperre die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer kleinen Sitzung führender Färber des christlichen Verbandes erklärten sich diese in ihrem Namen und im Namen ihrer Kollegen bereit, die Arbeit aufzunehmen, wenn der Unternehmerverband die Sperre aufhebe. In einer Versammlung der streikenden Färber, die am Dienstag, den 31. März stattfand, wurde mit allen gegen zwei Stimmen derselbe Beschluß gefaßt. Dem Oberbürgermeister wurde dieser Beschluß der Färberversammlung sofort brieflich mitgeteilt. Tatsächlich ist es den Bemühungen des Herrn Oberbürgermeisters gelungen, in der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes einen Beschluß auf Aufhebung der Aussperrung zu erzielen.

Sobald der Beschluß des Arbeitgeberverbandes und die Stellung des christlichen Verbandes dazu bekannt war, setzte eine beispiellose Hege der Genossen ein. Sie bekten die Mitglieder des christlichen Verbandes gegen den Verband und seine Führer auf, versprachen ihnen höhere als die gewöhnliche Unterstützung, wenn sie überträten, und arbeiteten mit einem maßlosen Terrorismus.

Scharenweise belagerten die Genossen das Versammlungstotal der christlichen Arbeiter, um direkt auf sie einzuwirken zu können.

In einer Versammlung der christlich organisierten Färber, die am 3. April stattfand, wurde mit Zweidrittel-Mehrheit beschloffen, die Arbeit am nächsten Tage aufzunehmen. Aus folgenden Gründen:

1. Die Weiterführung des Kampfes läßt sich mit keinem vernünftigen gewerkschaftlichen Grunde rechtfertigen.

2. Die streikenden Führer und der Verband haben ihre Wort darauf gegeben, daß sie die Arbeit aufnehmen, wenn der Arbeitgeberverband die Sperre aufhebe.

3. Die Aufnahme der Aussperrung seitens des „deutschen“ Verbandes ist ein gewerkschaftliches Verbrechen. Ein Erfolg ist durch Weiterführung des Kampfes nicht mehr zu erzielen.

4. Der „deutsche“ Verband läßt von seinen eigenen Mitgliedern im Wuppertale Streikarbeit machen. Er verübt also Streikbruch. Auch aus diesem Grunde hat die Fortführung des Färberstreiks keinen Zweck mehr.

5. Für den christlichen Textilarbeiterverband besteht kein Streik mehr. Von einem Streikbruch seiner Mitglieder kann darum keine Rede sein.

Ein Teil der christlich organisierten Färber hat trotzdem am 4. April die Arbeit nicht aufgenommen. Andere, die sie aufgenommen hatten, haben jedoch ihre Arbeit wieder verlassen, weil sie von den Genossen mit einem fanatischen Terrorismus belästigt und verfolgt wurden.

Der 39 Jahre alte Färber C. Widmann wurde dadurch in den Tod getrieben.

W. gehörte seit dem Jahre 1898 dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter als Mitglied an. Seine Arbeitgeber bezeichnen ihn als einen Mann, der sich durch besonderen Fleiß und -hingebende Treue hervorgetan habe. Am 21. Februar trat er mit in den Streik. Als die Färberarbeit einen schönen Erfolg erzielt hatten, sprach er sich gegen die Fortführung des Kampfes aus. Als seine Organisation die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen hatte, ging er, der Verbandsparole und seiner Überzeugung gemäß, an die Arbeit. Nun setzte die Verfolgung von Seiten der Sozialdemokraten ein. Man versuchte, ihn mit allen Mitteln des Terrorismus zu veranlassen, die Arbeit wieder niederzuliegen und dem sozialdemokratischen Verband beizutreten. Am Samstag, den 5. April wurden W. und sein Arbeitskollege, der christlich organisierte Färber W., nach Arbeitsvertrag im Lieferwagen der Firma Durst u. Krey nach Hause gefahren. Die Firma hoffte, so die beiden Arbeiter vor der sozialdemokratischen Verfolgung zu schützen. Bei der Wohnung des W. hatte sich jedoch ein größerer Trupp sozialdemokratischer Färber versammelt. Diese Genossen veranstalteten nun einen großen Lärm, schrien den christlichen Arbeitern die gemeinsten Schimpfwörter entgegen, drohten, ihnen die Knochen kaputt zu schlagen usw. W. nahm die Gelegenheit wahr und stürzte auf Umwegen zu seiner Wohnung. Aber die Genossen zogen nach dem Hause des W. Hier führten sie dieselbe Szene auf: W. soll mal rauskommen; man würde ihm die Knochen entzwei schlagen; er solle sich nicht unterziehen, wieder an die Arbeit zu gehen.

W. leidet seit langem unter einer starken Nervosität; die sozialdemokratischen Drohungen übten darum einen besonders starken Einfluß auf seine krankhafte Gemütsverfassung auf. Aus Furcht vor den Genossen floh er auf den Speicher, wo er sich so lange versteckt hielt, bis sich der sozialdemokratische Trupp verzogen hatte. Auch die Frau des W. wurde auf der Straße belästigt, beschimpft und bedroht. Von den sozialdemokratischen Verfolgungen eingeschüchtert, setzte W. die Arbeit wieder auf.

Von einem Vertreter der Firma gebeten, machte sich W. am Montag, den 14. April auf den Weg zur Fabrik. Unterwegs traf er mit einem bekannten Kollegen zusammen. Er sagte sich sehr furchtbar und niedergeschlagen. Er jagte, daß er arbeiten gehen wolle, allein er befürchte, von den Genossen verfolgt und verprügelt zu werden. Der Kollege suchte W. zu ermuntern. W. verabschiedete sich und betrat den nächsten Straßenbahnwagen. An seiner Arbeitsstelle ist er jedoch nicht angekommen; abends zog man den unglücklichen Mann als Leiche aus dem Rhein.

Das ist die Wahrheit über den beklagenswerten Vorfall. Die sozialdemokratische Presse behauptet, W. sei aus Nahrungsorgen in den Tod gegangen, der christliche Verband habe ihm die Unterstützung entzogen. Das ist nicht wahr. Die Frau des W. hat erklärt, daß sie keine Nahrungsorgen gehabt hätte, lediglich die sozialdemokratische Verfolgung habe ihren armen Mann in den Tod getrieben. W. hat auch für die Dauer seiner Arbeitslosigkeit vom christlichen Textilarbeiterverband Unterstützung bekommen; weitere Unterstützung ist ihm in Aussicht gestellt worden. Den Tod des Mannes hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband auf dem Gewissen.

Eine gerichtliche Untersuchung ist bereits im Gange. Die Namen einiger sozialdemokratischer Verfolger sind bereits festgelegt worden. Leider geben bei solchen Gelegenheiten immer diejenigen leter aus, die eine exemplarische Bestrafung in erster Linie verdienen: die, die durch ihre aufreizende Art die Arbeiter zu Terroristen machen.

Das Kölner Sozialistenblättchen — die „Ahe in Zeitung“ — bringt es fertig, es so darzustellen, als ob der christliche Verband Widmanns Tod verschuldet hätte. Sie schreibt in Nr. 89:

In den Tod getrieben!  
Der christliche Terrorismus im Kampfe der Färber der Seidenindustrie in Krefeld hat einen christlich organisierten Färber namens Karl Widmann in den Tod getrieben. W. war einer jener christlich organisierten Färber, die es mit ihrer Arbeiterehre nicht vereinbaren konnten, Streikbruch zu begehen. Trotzdem W. schon seit 14 Jahren dem christlichen Verbande angehört, weigerte sich der Verband, dem alten Manne weiter Streikunterstützung zu zahlen. W. konnte es nicht über sich gewinnen, aus seiner Organisation, die ihm insofern langjähriger Zugehörigkeit ans Herz gemachen war, auszutreten oder Streikunterstützung bei dem Deutschen Textilarbeiterverband in Anspruch zu nehmen. Die Unternehmer und die christlichen Führer bearbeiteten den Mann. Da es in der Familie am Wort fehlte, drängte seine Frau zur Arbeit. Am Montag, den 14. April, vormittags, äußerte W. zu Streikenden: „Was soll ich nun tun? Gehen will ich nicht, Unterstützung bekomme ich auch nicht mehr. Überleben mag ich nicht und meine Frau drängt mich, Streikbruch zu werden. Ich gehe jetzt hin, hänge mich auf oder gehe in den Rhein.“ Am dem gleichen Tage abends wurde W. von einem Hafnarbeiter als Leiche aus dem Rhein gezogen.“

Eine derartige Vergewaltigung der offensichtlichen Tatsachen übersteigt alle Begriffe. Es ist bebauerlich, daß man gegen eine solche Verdrüßung nicht mit der Kräuigkeit vorgehen kann. In solchen Fällen wäre sie tatsächlich am Platze.

Der rote Verband führte den Kampf allein weiter, obwohl er Tag für Tag aussichtsloser wurde. Am christlichen Verband weist die rote Presse Arbeit vor. Damit sucht die sozialdemokratische Presse die trippellose und verantwortliche Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Krefeld zu verbettern, greift er Takt: Haltet den Dsch. Die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation verübt Streikbruch; sie zwingt ihre Mitglieder im Wuppertale, Streikarbeit für Krefeld zu machen. In einer Zuschrift an die in Warmen erscheinende „Westdeutsche Rundschau“ vom 6. April bestätigt ein Färberbeisitzer, daß in den Wuppertaler Färberbetrieben für Krefelder Aufträge gefaßt wird. Der betr. Färberbeisitzer hielt dies für selbstverständlich. Man hoffe dadurch, die früher am Krefeld verloren gegangenen Aufträge wieder zu gewinnen. Der christliche Textilarbeiterverband kann in Krefeld schon deshalb keinen Streikbruch verüben, weil seine Zentralleitung in Verbindung mit den christlich organisierten Färbern den Streik als für sie beendet erklärt haben.

Dagegen ist die Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes im Krefelder Färberstreik wirklich als Arbeiterverrat zu bezeichnen. Um der christlichen Organisation einen Schlag zu versetzen, legt er den Kampf fort, obwohl ein Erfolg für die Arbeiter nicht mehr zu erzielen ist. Die Fehler zusammengetragenen Gewerkschaftsgebilde werden also förmlich zum Fenster hinausgeworfen. Selbst für den Fall, daß die Arbeitgeber den Streikenden noch einige kleine Zugeständnisse machten, — was jedoch vollständig ausgeschlossen erscheint — würden die Erfolge längst nicht die großen Opfer aufwiegen, die der Kampf bereits verschlungen hat und noch weiterhin verschlingen wird. Es ist ein gewerkschaftlicher Unfinn und ein Verbrechen zugleich, einen Kampf zu führen, der 100 000 Mark kostet, aber nur 1000 Mark einbringen kann. Einen solchen Kampf unternimmt keine gewissenhafte Gewerkschaftsleitung.

Der christliche Textilarbeiterverband hat bereits einen weiteren schönen Erfolg erzielt. Seinen Bemühungen und seiner Haltung ist in der Hauptsache zu verdanken, daß der Arbeitgeber-Verband die Sperre aufgehoben hat. Dadurch sind weitere große Schäden für die Gewerkschaften, für die Arbeiter und für die Industrie abgemindert. Selbst das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bezeichnet die Aufhebung der Sperre als „einen großen Erfolg für die Arbeiter“. Das ist das Verdienst des christlichen Verbandes. Dadurch ist auch der Plan des roten Verbandes, die verhasste christliche Organisation „gehörtig bluten zu lassen“, gescheitert geworden.

Die ganze Mut über diesen Erfolg und über den eigenen Erfolge macht sich nun in wässern Schim-  
pfereien Luft.

Unterdessen krieselt es innerhalb der sozialdemo-  
kratischen Zeitungsarbeiterbewegung Krefelds ganz ge-  
waltig. Die Mitglieder sind mit der gewissenlosen Hal-  
tung ihrer Führer nicht mehr einverstanden. Selbst die  
Freiwilligen Führer beginnen auflässig zu werden.  
Mehrere sozialdemokratisch organisierte Führer machen  
den Verrat ihrer Führer nicht mehr mit, sie gehen  
entgegen der Parole ihres Verbandes in  
die Weirieder. Der sozialdemokratische Zeitungs-  
arbeiterverband wird sich in Krefeld eine Niederlage holen,  
an die er noch lange denken wird.

### Einem außerordentlich günstigen Tarif

konnten die Korbenreiter der Firma Michael Huber-  
München abschließen. Die tägliche Arbeitszeit wurde  
von 9 1/2 Stunden verfürzt. Am Samstag und am  
Sonntag vor gesetzlichen Feiertagen ist um 4 Uhr Arbeits-  
schluss. Es ergibt sich also eine wöchentliche Ar-  
beitszeitverkürzung von 5 Stunden.

Die Lohnerböschung beträgt durchschnittlich 2  
Mark pro Woche. Die Stundenlöhne wurden in  
Wochenlöhne umgewandelt. Allen Arbeitern, die min-  
destens 1 Jahr bei der Firma beschäftigt sind, wurde  
ein Urlaub von 3 Tagen zugewilligt.

Dieser Erfolg ist sehr erfreulich. Die entgegen-  
kommende Haltung der Firma Huber verdient Nach-  
sicht.

## Rundschau.

Vor uns liegt ein Kaufzettel der Bahnhofs-München  
des „Deutschen Buchhändlerverbandes“. Er besagt:

„Mittwoch, 23. April, abends 8 Uhr im Kolosseum,  
Eingang Jahnstraße 1 Mitglieder-Versammlung. Tages-  
ordnung: 1. Meines Erfahrungen im christlichen Gewerk-  
schaftskampf. Referent: Kollege Adolf Müller. 2. Auf-  
stellung der Kandidaten zum Verbandstag in Stuttgart.  
3. Verbandsangelegenheiten. Werte Kollegen und Kolle-  
ginnen! Erscheint in dieser äußerst wichtigen Versam-  
mlung vollständig. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch oder  
Kontrollkarte.“

Mit kollegialem Gruß! Die Ortsverwaltung.

Wir ersuchen Herrn Adolf Müller jetzt schon, seine  
Erfahrungen auch öffentlich darzulegen, damit wir  
auch unsere Erfahrungen mit Herrn Adolf Müller zum  
Besseren geben können.

### Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände,

die neugeschaffene Zentralorganisation des organisierten  
Unternehmertums, scheint ihre Aufgabe in einem ver-  
schärften Kampf gegen die selbständigen Arbeiterorgani-  
sationen zu erblicken. So bringt es wenigstens aus  
einem Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (15.  
1918) heraus, worin der freudigen Genugtuung für die  
zustande gekommene Verschmelzung der bisherigen be-  
iden Hauptverbände Ausdruck gegeben wird. Die Zen-  
tralisation, so heißt es da, läge im Interesse aller an der  
deutschen Gütererzeugung irgendwie beteiligten Kreise.  
Also auch im Interesse der Arbeiterschaft, deren große  
Mehrheit trotz allem nur widerwillig den Verleihen poli-  
tisch interessiert oder im Sold der Gewerkschaftsbewe-  
gung stehender Führer folgt und es von Herzen aus-  
scheiden wäre, mit den Arbeitgebern in Eintracht zu  
leben. Die neue Einheitsorganisation der Unternehmer  
würde „den freimüthigen Elementen den Weg weisen,  
auf dem diese zu unbehinderter Entfaltung ihrer Kräfte  
und zu zweckdienlicher Ausnutzung der vorhandenen Ar-  
beitsmöglichkeiten gelangen können.“

Mit anderen Worten: Die neuen Vereine sollen  
noch intensiver wie bisher gefördert, die selbständigen  
Gewerkschaften aber mit verächtlichen Waffen bekämpft  
werden. Wenn darin der Wendepunkt in der Geschichte  
der deutschen Unternehmerorganisation liegen soll, von  
dem die Arbeitgeber-Zeitung spricht, dann wird der be-  
sonnene, sozial gesinnte und gerecht denkende Freund des  
Volkes nur mit großer Sorge in die Zukunft blicken.  
Das würde nur eine Verschärfung der Gegensätze, eine  
Vormehrung der Wirtschaftskämpfe und damit auch  
schwere gewerbliche Störungen im Gefolge haben.  
Hoffentlich werden die verantwortlichen Führer der  
neuen Zentralorganisation der deutschen Arbeitgeber  
sich den realen Verhältnissen besser anpassen, die selbst-  
ständige Arbeiterbewegung als legitime Vertreterin der  
Arbeiterschaft anerkennen und eine Verständigung mit  
ihr zu finden suchen. Dann wird die Organisation der  
Arbeitgeber auf Grund der ihr beschiedenen Machtstille  
wirklich „sozial ausgleichend“ wirken, wie es in dem-  
selben Artikel der Arbeitgeber-Zeitung in Aussicht ge-  
stellt wird; im andern Falle aber würde sie nur jenen  
Kräften den Weg bereiten, die die Massenengpässe syste-  
matisch verschärfen und bewußt zerstörend wirken wollen.  
Die deutschen Arbeitgeber müssen sich nach der jetzt er-  
folgten Konzentration ihrer organisatorischen Kraft nicht  
des Mahnwortes bewußt bleiben: Je größer die Macht,  
desto größer auch die Verantwortung!

## Aus den Jahrestellen.

### Bezirkskonferenz in Hagen.

Am Sonntag, den 19. April versammelten sich in  
Hagen Vertreter mehrerer im Bezirke gelegenen Jah-  
restellen, um über den Stand unserer Verbandsfrage Ver-  
richt zu erstatten und um über geeignete Mittel und  
Wege zur weiteren Arbeit zu beraten.

Kollege Postert-Hagen als Bezirksleiter begrüßte die  
Erschienenen mit herzlichen Worten und teilte die  
Tagesordnung mit. Den hierauf folgenden Verrichten  
der verschiedenen Delegierten war zu entnehmen, daß

die Verbetätigkeit zumeist eine sehr schwierige sei und  
daß man hauptsächlich durch

### Agitation

Mitglieder gewinnen könne. Besonders wurde betont,  
daß unsere Mitglieder noch mehr wie bisher in den kon-  
fessionellen Vereinen gewerkschaftliche Propaganda  
machen müßten. Bei dieser Gelegenheit wurde durch  
einen Delegierten, der den evangelischen Jünglingsver-  
einen nahe steht, mit besonderer Genugtuung konstatiert,  
daß gelegentlich einer am Ostermontag in Nisse statt-  
gefundenen Konferenz der evangelischen Jünglingsver-  
eins des Kreises Schwelm nachstehende Resolution ein-  
himmig angenommen wurde.

„Die am Ostermontag in Nisse unter Teilnahme  
von etwa 130 Vertretern tagende Kreis-Konferenz der  
evangelischen Jünglingsvereine und christlichen Vereine  
junger Männer des Kreises Schwelm ist der Ueberzeu-  
gung, daß es die religiöse und nationale Pflicht der Ver-  
eine ist, ihre Mitglieder, soweit sie dem Lohnarbeiter-  
stande angehören, zu veranlassen, daß sie den christlichen  
Gewerkschaften beitreten. Weder die freien sozialdemo-  
kratischen Gewerkschaften noch die Christlich-Deutschen  
Gewerksvereine und gelben Arbeitervereine können irgend-  
wie in Frage kommen, da sie mehr oder weniger reli-  
giös und national als unzuverlässig oder Gegner zu be-  
trachten sind.“

Die Vereine versprechen, unter ihren Mitgliedern die  
nötige Aufklärung zu schaffen, damit sie sich möglichst  
auf der ganzen Linie den christlichen Gewerkschaften an-  
schließen. Gleichzeitig richtet die Konferenz die bringende  
Bitte an die Schriftleitung des „Leuchtturm“, in Zu-  
kunft regelmäßig aufklärende Artikel auf sozialem Ge-  
biet zu bringen, was der Stellungnahme des Reichs-  
deutschen Jünglingsbundes für die christl. Gewerkschaften  
praktische Bedeutung geben würde.

Es ist unbedingt erforderlich, alle Kräfte und Orga-  
nisationen aufzuklären, die geeignet sind, gegen  
Sozialdemokratie und Materialismus einen Damm zu  
errichten.“

Diese klare Stellungnahme sei sehr erfreulich. Beson-  
ders nachdrücklich solle man auf die Verdrängung der  
Gelben legen, die, so führte der betr. Kollege unter dem  
Besatz der Versammlung zurecht aus, eine große  
Gefahr bedeuten. Das es immer noch „Ehrenmit-  
glieder“ in den konfessionellen Vereinen gibt, die inner-  
lich mit den gelben Bestrebungen sympathisieren und  
manchmal auch aus ihrem Herzen keine Röhregrube  
machen, wurde sehr behauptet. Die Gewerkschaften sollten  
durch solche Personen nicht abhalten lassen, immer  
und immer wieder für ihre Sache zu werden. Der Ver-  
treter der Jahrestellen Hagen, deren Mitglieder in erfreu-  
lich großer Zahl an den Verhandlungen teilnahmen,  
äußerte sich in ähnlichem Sinne und erinnerte gleich-  
zeitig an die Vorkommnisse bei der tarifrechtlichen Firma  
Schlegel u. v. d. Ende n, die ein Schulbeispiel da-  
für geliefert habe, mit welcher Rücksichtslosigkeit manche  
Unternehmer aufzutreten beliebten. Natürlich hätte sie sich  
die Folgen einer derartigen Verdrängung der tariflichen  
Vereinbarungen selbst zuzuschreiben, nachdem die einzel-  
nen Delegierten zum Wort gekommen waren, hielt Kol-  
lege Schmalz-Köln einen einfindigen Vortrag über die  
Agitation im Bezirke. Er beantwortete die drei Fragen:

Warum sollen wir agitieren?

Wo sollen wir agitieren?

Wie sollen wir agitieren?

Wie in der nachfolgenden Diskussion hervorgehoben  
wurde, waren die Ausführungen des Referenten dazu  
angetan, die Agitationsfreudigkeit wieder zu wecken.

Einem Antrage, der verlangt, daß die Delegierten sich  
verpflichten sollen, überall im Sinne der Wohlförmigkeit  
der Firma Schlegel u. v. d. Ende n tätig zu sein,  
wurde einstimmig zugestimmt.

In einer längeren Ausdrache wurde sodann noch zu  
den Anträgen, die zur Generalversammlung gestellt  
sind, Stellung genommen.

Mit Worten des Dankes und der Aufmunterung  
schloß Bezirksleiter Postert gegen 1/2 Uhr die schon ver-  
laufene Konferenz, die hoffentlich nicht fruchtlos ge-  
wesen ist.

### Berichtigung.

In dem Jahrestellenbericht von Köln (Nr. 8) ist ein  
sinnentstellender Fehler stehen geblieben. Der Sab-  
Kerner gab er bekannt, daß eine Einmütigkeit über die  
Besetzung der Tarifkommission erfolgt sei und beide Ar-  
beitgeberorganisationen gleich stark in derselben ver-  
treten wären, soll heißen: Kerner gab er bekannt, daß  
eine Einmütigkeit über die Besetzung der Tarifkommission  
erfolgt sei und beide Arbeitnehmernorganisationen  
in Köln gleich stark in derselben vertreten wären.

### Adressenänderung.

Berlin. 1. Vorsitzender: Gustav Kleinbeinne, S. W.  
68, Kochstr. 73; 2. Vorsitzender: Paul Wagner, Pan-  
kow, Bollnestr. 79/80; Kassierer: Ludwig Verleth,  
Steglitz, Ardestr. 17; Schriftführer: Walter Zugborn,  
S. W. 48, Wilhelmstr. 3 (bei Jänstka).

Düsseldorf. Vorsitzender: Heinrich Dorr, Dorotheenstr. 10.  
Bonn. Schriftführer: Ludwig Trümper, Dorotheenstr. 29.  
Lobberich. Kassierer: Karl Dömpes, Straße?

### Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:  
Augsburg. Jeden 2. Sonntag im Monat im Gewerkschafts-  
lokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.  
Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der  
Rest. Wilms, Ludwigsstr. 81 in Ubersfeld und in der  
Rest. Lindermann, Oberbörnerstr. 16 in Barmen.  
Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, 1  
Stralauerstr. 53 (Gärtchenheim) pünktlich 8 1/2 Uhr.  
Bismarckstr. 62.

Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Christl.  
Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang  
8 Uhr.

Bonn. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr  
im Restaurant Adlig, Donngasse 4.

Krefeld. Jeden 1. Montag im Monat findet in der  
Reichshalle am Westwall um 8 1/2 Uhr unsere Ver-  
sammlung statt.

Danzig. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung,  
abends 8 1/2 Uhr im St. Josephshaus, Ebersgasse.  
Derichshewer. Sonntag den 27. April nachmittags 5 Uhr  
Versammlung bei Erz.

Diesfen (Oberh.). Jeden 1. Samstag im Monat findet  
im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt  
Donauwörth. Jeden 1. Samstag im Monat im Gast-  
haus „Zum starken Eck“ (Park Köhner.)

Düsseldorf. Nächste Versammlung am 3. Mai.  
Eisen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im  
Restaurant Carl Wöhen, Altriedplatz.

Freiburg. Samstag, den 3. Mai im Verkehrslokal  
Bräuerei Wenter, Schiffstr.

Freising. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung  
im Christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.

Hagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung  
bei E. Hoff, Abnerstr. 19.

Homburg. Nächste Versammlung am 26. April in Jagel-  
sheim's Gesellschaftshaus, Schlackstr. 43/44.

Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 8  
Uhr im Restaurant „Central“.

Köln. Am 26. April im Dreieck.  
Lobberich. Nächste Versammlung Mo- tag, den 27. April  
abends 7 Uhr bei Büscher. (Siehe Inserat!)

München Am 3. Mai im Schommergarten, Schommerstr.  
N. Gladbach. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt  
Paul Lambergh Steppesstraße 1/2, 9 Uhr.

Münster. Samstag, den 3. Mai bei Stegmann-  
Glemensstr. Volljähriges Erscheinen Ehrenpflicht.

Nürnberg. Jeden 3. Samstag im Monat Mitglieder-  
versammlung im Restaurant Kaufertor.

Fahrdorfer. Jeden 2. Dienstag im Monat im Piusshaus.  
Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jato-  
biererkente.

Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr,  
Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christoph-  
straße Nr. 11.

Würzburg. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung  
bei Scholl, Sandgasse.

### Bezirk Duren.

Um ein einheitliches Zusammenarbeiten zu er-  
wöglichen, soll am **Christi Himmelfahrtstage,**  
**Donnerstag den 1. Mai** in Duren im Lokale des  
Herrn Lorenz Klintonberg nachmittags 2 Uhr ein

**Bezirksstag für sämtliche Jahrestellen des**  
**Bezirks Duren**

stattfinden.

Zur Tagesordnung steht:

1. Unsere Verbandsgeneralversammlung und die  
gestellten Anträge

2. Bezirkswünsche und Aufgaben.

Um unseren Beratungen eine möglichst breite  
Grundlage zu geben, ist zu dieser Veranstaltung der  
Verwaltungsapparat des ganzen Bezirks eingeladen  
und zwar die Vorstandsmitglieder und Vertrauens-  
männer **sämtlicher** Jahrestellen, die Arbeiteraus-  
schußmitglieder aller Bezirke und die für Regensburg ver-  
pflichteten Delegierten soweit sie vorstehenden In-  
halten nicht angehen.

Es gilt unsere gute Sache zu fördern, es gilt das  
Bestehende weiter auszubauen, Bezirks- und Verbands-  
festig, weshalb niemand von den Eingeladenen dieser  
Tagung fern bleiben mag.

Die Bezirksleitung.

### Jahrestelle Lobberich!

Zu dem am 27. d. M. abends 6 Uhr im Vereins-  
lokale Mart. Büscher stattfindenden

### Stiftungsfeste

haben wir alle Kolleginnen und Kollegen von Nah und  
Fern herzlich ein.

Dr. Vorstand  
J. A. Frick, **Hornbach.**

Unsern lieben Kollegen

### Hermann Bärlein

und seiner lieben **Brant** die herzlichsten Glückwünsche  
zur Vermählung.

Jahrestelle München.

Unsern werten Kollegen

### Bernhard Göttemper

und seiner lieben **Brant** die herzlichsten Glückwünsche  
zur Vermählung

Jahrestelle Revelar.

Druck: Köln-Grenzfelder Druckerei, Marktstr. 9  
Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Dorotheenstr. 9